

Informationsblatt

zum Bürgerentscheid am 27.02.2005 in der Stadt Mülheim an der Ruhr

Sehr geehrte Bürgerin,
sehr geehrter Bürger,

am 27.02.2005 wird in der Stadt Mülheim an der Ruhr ein Bürgerentscheid durchgeführt. Gegenstand der Abstimmung ist die folgende Frage, über die Sie mit "Ja" oder "Nein" abstimmen können:

"Soll die Stadt Mülheim an der Ruhr es in Zukunft unterlassen, bei der Gründung neuer bzw. der Änderung bestehender Gesellschaften im Bereich der Daseinsvorsorge (insbesondere im Bereich der Entsorgung, der Stadtentwässerung, der Versorgung mit Energie und Wasser, des öffentlichen Personennahverkehrs, der Altenpflege, der Stadtbücherei und der Unterhaltung von städtischen Gebäuden und Anlagen) Gesellschaftsanteile an Private zu übertragen?"

Dieses Bürgerbegehren wird von den Initiatoren wie folgt begründet:

"Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger ist der dauerhafte Erhalt der kommunalen Betriebe der Daseinsvorsorge der Stadt Mülheim an der Ruhr im Alleinbesitz der Stadt unverzichtbar. Betriebe der Daseinsvorsorge, die im kommunalen Besitz stehen, stärken in hohem Maße die regionale Wirtschaft und sichern damit den Erhalt von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen zunehmend auch für Frauen. Ver- und Entsorgungsbetriebe, sowie die sonstigen genannten Betriebe der Daseinsvorsorge erbringen für die Bevölkerung unverzichtbare Versorgungsleistungen, deren ordnungsgemäße Bereitstellung bei einem Unternehmen in öffentlicher Hand in optimaler Weise gewährleistet ist. Für kommunale Unternehmen sind die Wahrung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger und das Gemeinwohl wesentliche Unternehmensgrundsätze. Entscheidungen über Umfang, Qualität und Preis der für die Bevölkerung unverzichtbaren Daseinsvorsorgeleistungen dürfen nicht Privatunternehmen überlassen werden, die ausschließlich gewinnorientiert sind; sie müssen in kommunaler Hand bleiben. Bei einer möglichen Veräußerung von Gesellschaftsanteilen an ein Privatunternehmen ist ein maßgeblicher Einfluss der Stadt Mülheim an der Ruhr auf die Unternehmenspolitik der Betriebe der Daseinsvorsorge nicht gewährleistet, was zu einer Gefährdung ökologischer, beschäftigungspolitischer und sozialer Aspekte führt."

Der Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr hat das Bürgerbegehren in seiner Sitzung am 02.12.2004 durch einstimmigen Beschluss für zulässig erklärt.

Beschlusstext: "Der Rat der Stadt beschloss, dass das Bürgerbegehren für den dauerhaften Verbleib der kommunalen Betriebe der Daseinsvorsorge in städtischem Besitz vom 15.11.2004 zulässig ist."

Gleichzeitig entsprach der Rat dem Bürgerbegehren nicht. Dieser Beschluss erfolgte mehrheitlich:
Ablehnung:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt (Fraktionsstärke: 20 Mitglieder)

CDU-Fraktion im Rat der Stadt (Fraktionsstärke: 17 Mitglieder)

FDP-Fraktion im Rat der Stadt (Fraktionsstärke: 3 Mitglieder)

Zustimmung:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt (Fraktionsstärke: 5 Mitglieder)

MBI-Fraktion im Rat der Stadt (Fraktionsstärke: 5 Mitglieder)

Fraktion WIR AUS Mülheim im Rat der Stadt (Fraktionsstärke: 2 Mitglieder)

Beschlusstext: "Der Rat der Stadt entsprach dem Bürgerbegehren nicht und legte den Tag der Abstimmung des Bürgerentscheides auf den 27.02.2005."

Auf den nächsten Seiten finden Sie zum anstehenden Bürgerentscheid kurze Stellungnahmen der Vertreter des Bürgerbegehrens, der Ratsfraktionen, die dem Bürgerbegehren zugestimmt haben sowie der Ratsfraktionen, die das Bürgerbegehren abgelehnt haben und die Stimmempfehlung der Oberbürgermeisterin der Stadt Mülheim an der Ruhr, Frau Dagmar Mühlenfeld.

Mülheim an der Ruhr, im Januar 2005

Amt Rat der Stadt, Bezirksvertretungen und Wahlen

Telefon: 0208 - 455 1621

Fax: 0208 - 455 1629

Stellungnahme der Initiatoren des Bürgerbegehrens:

Mülheim gehört uns - Stopp dem Ausverkauf - Soziale Stadt muss sein

Was für uns selbstverständlich erscheint, ist bedroht : das Recht auf sichere und preiswerte Versorgung mit Strom, Wasser, Gas und Wärme ist gefährdet, denn die Leistungen wurden zum Teil bereits privatisiert oder sollen schon bald von privaten Unternehmen erledigt werden.

Das ist eine gefährliche Entwicklung, denn damit ist der Verkauf von städtischem Eigentum verbunden.

Wir treten für einen anderen Weg ein und wollen Alternativen durchsetzen. Wenn alltägliche und für jede/n Bürger/in unverzichtbare Leistungen neu geordnet, gebündelt und mit neuen Aufgaben versehen werden, ist ein Verzicht auf den Verkauf städtischen Tafelsilbers möglich, realistisch und zukunftsweisend.

Bereits jetzt gibt es Verflechtungen der Stadt mit Privatunternehmen, die für Laien nur schwer durchschaubar sind. Wir sind der Überzeugung, dass durch die Offenlegung mittels eines Bürgerentscheids Klarheit geschaffen wird. Denn dadurch müssen alle Fakten auf den Tisch gelegt, die Bürger tatsächlich einbezogen werden, so dass eine echte demokratische Mitwirkung möglich wird. Um diesen Prozess in Gang zu setzen, müssen alle Mülheimer und Mülheimerinnen mitmachen ! Wer sich für den Bürgerentscheid einsetzt (per Abstimmung oder gern auch als aktiver Unterstützer) sorgt dafür, dass nicht noch weiteres städtisches Eigentum verscherbelt wird.

Ganz deutlich werden die Inhalte des Bürgerentscheids am Beispiel der geplanten Privatisierung der Altenheime und der bereits erfolgten Teilprivatisierungen von städtischen Aufgaben der Daseinsvorsorge seit dem Jahr 2000 : Müllentsorgung, Straßenreinigung, Wasserversorgung (RWW –Anteile), Abwasserentsorgung. Die Erlöse aus diesen Verkäufen und Teilprivatisierungen haben nicht verhindert, dass das Haushaltsdefizit gestiegen ist.

Wer glaubt, soziale und wirtschaftliche Aufgaben abgeben zu können, irrt sich gewaltig. Ist Eigentum verkauft, müssen neue Einnahmequellen erschlossen werden. Dann wird das Problem an die Bürger weitergereicht : wir alle müssen dann mit steigenden Gebühren die mittel- und langfristigen Mindereinnahmen auffangen. So ist keine solide Neuausrichtung des städtischen Haushalts zu schaffen !

Unsere Vorschläge : nicht die einfachsten aber letztlich teuersten Lösungen dürfen gewählt, sondern ein grundlegender Umdenkungsprozess muss durchgesetzt werden.

Dazu gehört eine strategische Neuausrichtung der Kommunalpolitik. Die Stadt muss ihre Verantwortung für uns Bürger wahrnehmen, in dem neue Bündnisse unter lokalen und regionalen Versorgern geschmiedet werden. Wer dazu beitragen will, dass Mülheim auch künftig den Mülheimern gehört, muss sich engagieren, denn nur so ist Zukunftssicherung zu schaffen.

Judith Musiolik
Rheinische Straße 14
45468 Mülheim

als Sprecher des Bürgerentscheides

Eugen Kalff
Prinzeß-Luise-Straße 110
45479 Mülheim

Ulrich Schaffeld
Zeppelinstraße 36
45470 Mülheim

Stellungnahme der MBI-Fraktion:

Erklärung der MBI – Fraktion zum städtischen Rundschreiben zum Bürgerbegehren am 27. Februar 2005

Die Fraktion der MBI unterstützt das „Bürgerbegehren für Daseinsfürsorge in Bürgerhand gegen den Ausverkauf kommunalen Eigentums“ inhaltlich voll und ganz und ruft alle kritischen und verantwortungsbewussten Mülheimer Bürger auf, sich am 27. Februar 2005 am Bürgerentscheid zu beteiligen und mit „JA“ zu stimmen.

Die immer größer werdenden Verluste bei der Müllentsorgung in Mülheim (MEG) und weitere Gebührenerhöhungen für alle Leistungen der Daseinsfürsorge (Strom, Gas, Bus und Bahn, Wasser, Abwasser, Altersfürsorge usw.) sind nach Auffassung der MBI direkte Folge von (Teil-) Privatisierungen in Mülheim und anderswo.

Privatisierung bedeutet aber auch immer weniger öffentliche Kontrolle und damit zusammenhängend nehmen Filz und Korruption in der Politik zu.

Immer mehr PolitikerInnen, auch aus Mülheim, werden bekannt, die ganze Jahresgehälter für „nichts“ oder für mehr oder weniger dubiose Nebenbeschäftigungen von großen, einflussreichen Firmen erhalten, **nicht zuletzt vom RWE, das in Mülheim an allen (Teil-)Privatisierungen beteiligt war.**

Die MBI befürchten, **dass die „große Koalition“ aus SPD und CDU in Mülheim in den nächsten Jahren auch dazu dienen soll, weitere massive Privatisierungen noch öffentlichen Eigentums ohne große Widerstände durchzusetzen.** Die geforderten Altenheimverkäufe werden dabei nur der Anfang sein.

Da die bisherigen Privatisierungserlöse den defizitären Mülheimer Haushalt schon nicht sanieren konnten, befürchten die MBI, **dass die kommenden Privatisierungen zur Finanzierung des ruinösen „Ruhrbania“-Projektes dienen sollen** und der Handlungsspielraum der Stadt somit weiter schrumpft. **Damit die Mülheimer Bürger nicht auch hierfür die Zeche zahlen müssen, ist es wichtig, dass mindestens 20 % ihre Stimme beim Bürgerentscheid gegen Privatisierung am 27. Februar 2005 mehrheitlich mit „JA“ abgeben.** Nur so ist der Rat der Stadt für zwei Jahre gebunden, keine weiteren Privatisierungen kommunalen Eigentums anzustreben.

i.A. der MBI: L. Reinhard, Fraktionssprecher

Stellungnahme der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN:

Bündnis 90 / Die Grünen

31.12.2004

- Fraktion im Rat der Stadt Mülheim -

c/o Thomas Behrendt, Engelbertsstr. 12, 45473 Mülheim

Stellungnahme zum Bürgerentscheid für den dauerhaften Verbleib der kommunalen Betriebe der Daseinsvorsorge in städtischem Besitz am 27.2.2005

Warum unterstützen wir das Anliegen ?

Als Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen haben wir in Mülheim in den vergangenen Jahren verschiedene Teil-/Privatisierungen miterlebt – und immer vor den folgenden Konsequenzen gewarnt.

Zwar befindet Mülheim sich in einer äußerst schwierigen finanziellen Situation , der Ausverkauf unseres Tafelsilbers jedoch hat uns als Stadt nicht wirklich von den immensen Schulden entlastet.

Unser Wasserversorger, das RWW, ist jetzt ausschließlich privatwirtschaftlich orientiert und strebt zunehmend die Gewinnmaximierung zugunsten des Mutterkonzerns RWE an. Natürlich zulasten aller Verbraucher in unserer Stadt, die diese Philosophie über höhere Wasserpreise bezahlen müssen. Unser gut funktionierender Abwasserbetrieb wurde nach einem viel zu langen Verfahren fast schon verschleudert.

Seitdem unser Müll privatwirtschaftlich in Form der M.E.G. entsorgt wird, stapelt sich das Defizit immer höher auf.

Das zeugt davon, wie hochkompliziert und damit auch oft fehlerhaft solche Vertragswerke sind. Und am Ende zahlen wir alle dafür –ohne dass unser Mülheim auch nur einen Euro mehr im Haushalt zur Verfügung hat – im Gegenteil !

Dazu kommt, dass der Einfluss unserer Ratsvertreterinnen in den jeweiligen teil-/privatisierten Gesellschaften immer geringer wird. Damit schwinden natürlich auch die Möglichkeiten politischer Gestaltung für alle gegenüber den Gewinninteressen der beteiligten Unternehmen.

Was steht noch an ?

Insbesondere die Teil-/Privatisierungsdiskussion um die Alteneinrichtungen der Stadt Mülheim macht uns aktuell große Sorgen. Hier wird offensichtlich versucht, die Fehler und versäumten Investitionen der letzten Jahre auf dem Rücken unserer schwächsten Mitmenschen auszutragen : den alten und pflegebedürftigen Menschen.

Wir sind und bleiben strikt gegen die private Betreiberschaft der noch städtischen Heime, weil wir befürchten, dass dadurch sowohl Pflegestandard wie auch Aufnahme Standards für alte Menschen leiden werden.

Wir wollen weiterhin gewährleisten, dass auch Menschen in der Pflegestufe „0“ eine Chance haben, menschenwürdige Versorgung zu erhalten.

Hier wollen wir unserer sehr hohen sozialen Verantwortung weiterhin in städtischer Regie gerecht werden.

Fazit :

Die oftmals vorherrschende Meinung „Private können alles besser“ hat sich in unserer Stadt nicht wirklich bewahrheitet. Daher gilt es für uns, nicht um jeden Preis zu teil-/privatisieren – schon gar nicht in den sehr sensiblen Bereichen entweder der menschlichen Grundversorgung oder hohen sozialen Verantwortung !

Stellungnahme der Fraktion WIR AUS Mülheim:

WIR AUS Mülheim - Fraktion im Rat der Stadt

9 Argumente für Ihr „JA“ beim Bürgerentscheid am 27. Februar 2005

1. Nehmen Sie Ihre Sache selbst in die Hand, beteiligen Sie sich am Bürgerentscheid!
Er ist ein wichtiges demokratisches Recht. Werben Sie unter Bekannten und Freunden für das Ja! Machen Sie den Bürgerentscheid zu einem breiten Protest gegen den Ausverkauf der kommunalen Grundversorgung.

2. Privatisierung kommunaler Dienstleistungen bedeutet für den Bürger wachsende Belastungen durch steigende Gebühren, wie wir es bei Strom, Wasser und Gas erleben.

3. In Mülheim sind bereits die Bereiche Strom, Gas, Wasser, Wärme, Entsorgung und Abfall und Personennahverkehr teil- bzw. ganz privatisiert. Das Ergebnis: Die Bürger tragen die Schulden und der Großkonzern RWE bzw. private Unternehmen kassieren die Gewinne. Das RWE z.B. ist überall direkt oder indirekt beteiligt, so gibt es schon das geflügelte Wort „Mülheim gehört bereits dem RWE“.

4. Die Privatisierung kommunaler Einrichtungen der Grundversorgung führt zur vollständigen Unterwerfung dieser Einrichtungen unter das Prinzip der Gewinnmaximierung, der Handlungsspielraum der Kommune wird weiter eingeengt, statt erweitert. Die Verschuldung steigt rasch weiter.

5. Die so genannte „Fortführung kommunaler Aufgaben in privatrechtlich organisierten Gesellschaften“ ist im Wesen nichts anderes als Privatisierung. Sie führt zu den oben angeführten Folgen. Beim so genannten ppp-Modell (public-private-partnership) wird privates Kapital für die Erledigung kommunaler Aufgaben gewonnen. Dies nutzt dem Bürger nichts, denn Kapital geht nur dahin, wo große Gewinne zu machen sind. **Städtisches Eigentum, das so genannte Tafelsilber wird billig verkauft.**

6. Für die Beschäftigten in den privatisierten Betrieben bedeutet es Abbau bisher bestehender materieller Rechte und schrittweise Senkung des Lohnniveaus, **Abbau von Arbeitsplätzen**, Verlängerung der Arbeitszeit und so mehr Druck auf die Beschäftigten.

7. Eine Privatisierung der Alteneinrichtungen der Stadt Mülheim macht diese zu „Unternehmen“ von Klinikkonzernen. Altenpflege wird so zur „Ware“ und Anlagemöglichkeit für Aktionäre. Das lehnen wir ab. Wohin das führt, sieht man gegenwärtig in einem Altenheim in Mülheim, wo die Arbeitsbelastung für die Beschäftigten nahezu unerträglich wird, mit den entsprechenden Folgen für die dortigen Bewohner.

8. Bisher gibt es eine Vereinbarung gegenüber städtischen Beschäftigten, auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten. In der Ratssitzung vom 2.12. forderte der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Heidrich, die Oberbürgermeisterin auf, sehr ernsthaft zu überlegen, diese Vereinbarungen aufzulösen, wenn der Bürgerentscheid Erfolg hat. Wir halten solche Äußerungen für unverantwortlich angesichts der hohen Arbeitslosigkeit.

9. Die Bürger brauchen kommunalen Service aus einer Hand, statt Konkurrenz gewinnorientierter Einzelunternehmen untereinander.

Sagen Sie „JA“ beim Bürgerentscheid am 27. Februar.

Es ist ein „JA“ zum Widerstand gegen den Ausverkauf städtischen Eigentums.

Es ist ein „JA“ zu den Rechten der Beschäftigten.

Es ist ein „JA“ zu den Rechten der Bürger dieser Stadt bei ihrer kommunalen Grundversorgung

Detlef Habig
Tel:485448;Fax:4883647

Gerhard Schweizerhof
Tel:9957923;Fax:9957925

www.wir-aus-muelheim.de ; Email: wir-aus-muelheim@t-online.de

Stellungnahme der SPD-Fraktion:

Stellungnahme

der SPD-FRAKTION im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr

zur Durchführung eines Bürgerentscheides für den dauerhaften Verbleib
der kommunalen Betriebe der Daseinsvorsorge in städtischem Besitz am 27.02.2005

In Anbetracht der noch auf Jahre äußerst schwierigen Finanzsituation des städtischen Haushaltes hat die SPD-FRAKTION bereits bei den Beratungen zum städtischen Haushalt 2000 nachhaltige „Wege aus der Finanzkrise“ aufgezeigt, an denen sie sich bei der Haushaltskonsolidierung seitdem orientierte und auf deren Einhaltung sie auch bei den künftig zu entwickelnden Konsolidierungsvorschlägen achten wird.

Zur Beteiligung Privater und zur Kooperation von öffentlicher Hand und privater Wirtschaft bei der Planung, der Erstellung, der Finanzierung, dem Betreiben und der Verwertung von bislang ausschließlich städtisch erbrachter Leistungen, hat die SPD-FRAKTION dabei verdeutlicht, dass die Beteiligung Privater für die SPD-FRAKTION keine Frage der Ideologie, sondern der praktischen Vernunft ist. Es muss sachlich geprüft werden, welche Leistungen die Stadt gemeinsam mit leistungsstarken Partnern erbringen kann, wenn dies mindestens genauso effektiv und gut, jedoch kostengünstiger erfolgen kann. Dabei ist natürlich in erster Linie an Partner aus der privaten Wirtschaft zu denken, aber im Bereich der sozialen Dienstleistungen selbstverständlich auch an freie Träger. Für die SPD ist selbstverständlich, dass im Falle der Beteiligung Privater die Interessen der Beschäftigten berücksichtigt und geschützt werden müssen.

Bei allen durchgeführten Maßnahmen privater Beteiligungen sind die vorgenannten Grundsätze eingehalten worden. Sie werden auch weiterhin angewendet, damit der städtische Einfluss gewahrt bleibt.

Es haben bisher keine wirklichen Privatisierungen bei der Stadt Mülheim stattgefunden.

Von solchen Privatisierungen kann nur dann gesprochen werden, wenn die Stadt sich aus der Wahrnehmung einer Aufgabe zurückzieht, sie privaten Unternehmen übergibt und damit dem „freien Markt“ überlässt. Das ist nicht geschehen und wird zukünftig auch nicht geschehen. Bisher wurden lediglich kommunale Aufgaben mit Partnern fortgeführt. Dabei wurde privates Kapital für die Erledigung der kommunalen Aufgaben im Gemeinwohlinteresse gewonnen. Diese Art der Zusammenarbeit (publicprivate-partnership) ist nur in privatrechtlich organisierten Unternehmen sinnvoll umsetzbar. Da in diesen Unternehmen die entscheidende Mehrheit der Geschäftsanteile durch die Stadt Mülheim an der Ruhr gehalten wird, ist der städtische Einfluss abgesichert und gewahrt.

Bei den bisher erfolgten Beteiligungen Privater wurden im übrigen gemeinsam mit dem Personalrat der Stadtverwaltung und den Gewerkschaften ÖTV / ver.di die Auswirkungen auf Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen untersucht und jeweils Personalüberleitungstarifverträge geschlossen, die den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in der neuen Gesellschaft ihre bisherigen Rechte mindestens auf dem gleichen Niveau sicherten, zum Teil sogar verbesserten und ihnen auch das Rückkehrrecht zur Stadt zusicherten.

Alle Entscheidungen, die bei der Kooperation von öffentlicher Hand und privater Wirtschaft bisher getroffen wurden, liegen ausnahmslos im Interesse des Gemeinwohls und damit aller Bürger und Bürgerinnen.

Durch die getroffenen Entscheidungen und Vereinbarungen wurden

- weitere Belastungen im städtischen Haushalt und damit zugleich auch bei den Bürgern und Bürgerinnen als Steuer-, Beitrags- oder Gebührenzahler verhindert und
- durch die Einwerbung privaten Kapitals trotz leerer Kassen und dem Zwang zum Sparen die dem Gemeinwohl und der Daseinsvorsorge dienenden Einrichtungen und Aufgaben fortgeführt.

Die SPD-FRAKTION sieht in der Aufgabenwahrnehmung durch Beteiligung Privater bei Beibehaltung des entscheidenden städtischen Einflusses einen Weg, die kommunale Daseinsvorsorge zukünftig in der gebotenen Qualität zu erhalten und zu verbessern.

Damit die Handlungsfähigkeit der Stadt wie die Sanierung von Schulen, Sportstätten und Straßen und die Konsolidierung der städtischen Finanzen schneller vorangeht, damit die dem Gemeinwohl und der Daseinsvorsorge dienenden städtischen Aufgaben fortgeführt werden können, bittet die SPD-FRAKTION alle Bürgerinnen und Bürger,

beim Bürgerentscheid mit NEIN zu stimmen.

Stellungnahme der CDU-Fraktion:

23. Dezember 2004

Stellungnahme der CDU-Fraktion

zur Durchführung eines Bürgerentscheids für den dauerhaften Verbleib der kommunalen Betriebe der Daseinsvorsorge im städtischen Besitz

Die CDU-Fraktion hat in der Ratssitzung am 02.12.2004 das Bürgerbegehren abgelehnt und bittet die Bürgerinnen und Bürger dem Bürgerentscheid nicht zuzustimmen.

Begründung:

Die Initiatoren des Bürgerentscheids gehen fälschlicherweise davon aus, dass der Staat – hier unsere Stadt – alles besser kann als die private Wirtschaft. Sie fordert die Bürgerinnen und Bürger auf, einen Vorratsbeschluss zu fassen, ohne dass Fakten genannt werden, bzw. ein konkreter Anlass besteht.

Der Bürgerentscheid kostet im übrigen die Stadt mehr als 100.000 Euro und es gebe bei der finanziellen Situation viele gute Möglichkeiten das Geld sinnvoller einzusetzen, wie z. B. für Schulbausanierung, soziale Aufgaben oder Straßenerhaltungsmaßnahmen.

Die Initiatoren beabsichtigen mit dem Bürgerentscheid dem Rat und der Verwaltung jede Bewegungsfreiheit zu nehmen. Gleichzeitig erwarten sie aber eine Garantie dafür, dass keine betriebsbedingten Kündigungen ausgesprochen werden.

Die derzeitige Finanzlage der Stadt wird sich in absehbarer Zeit nicht verbessern, so dass ohne eine Zusammenarbeit mit privaten Partnern in sogenannten public-private-partnership-Projekten (ppp-Projekten) keine Investitionen mehr getätigt bzw. notwendige Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden können.

Bisher hat es in Mülheim keine tatsächlichen Privatisierungen gegeben, sondern es sind nur kommunale Aufgaben an privatrechtliche Gesellschaften unter Beteiligung der Stadt erfolgreich übertragen worden.

Hinsichtlich der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden jeweils Personalüberleitungsverträge geschlossen, denen sowohl der Personalrat als auch die Gewerkschaft ver.di zugestimmt haben.

Paul Heidrich

Fraktionsvorsitzender

Stellungnahme der FDP-Fraktion:

Geschäftsstelle:

Friedrichstraße 7, 45468 Mülheim

Ruf: 0208/3899884 Fax: 0208/3899885

fdp-fraktion@stadt-mh.de

www.fdp-fraktion-muelheim.de

Textbeitrag der FDP-Ratsfraktion zum Informationsblatt zum Bürgerbegehren am 27. Februar 2005 vom 6. Januar 2005

Zunehmende Engpässe im Haushalt der Stadt Mülheim, ein enormer Investitionsstau und eine veränderte Wettbewerbslage machen nach Auffassung der Mülheimer Liberalen die Privatisierung kommunaler Einrichtungen und Aufgaben zwingend notwendig. **Privatisierungen bieten - wenn Sie konsequent durchgeführt und vertraglich gut abgesichert werden - viele Vorteile:** Der städtische Haushalt wird entlastet und notwendige Investitionen sind nicht von der jeweiligen Haushaltslage der Stadt abhängig. Durch privates Kapital könnten dringend

erforderliche Projekte realisiert werden, die bei einer herkömmlichen Haushaltsfinanzierung gar nicht oder erst wesentlich später in Angriff genommen würden.

Es entsteht außerdem eine größere Flexibilität und die Chancen, die der Markt bietet, können optimaler genutzt werden. **Private Anbieter erledigen nichtstaatliche Dienstleistungen in der Regel schneller, preisgünstiger und zugleich serviceorientierter, da sie einem Konkurrenzdruck ausgesetzt sind, der sie zu effizientem Handeln zwingt.** Zum Wohle der städtischen Finanzen sowie der Mülheimer Bürger!

Wir dürfen dauerhaft nicht mehr Geld ausgeben, als wir erwirtschaften! Wir sind gezwungen, andere Wege zu gehen als in der Vergangenheit! Unterstützen Sie uns in unserem Vorhaben, unsere Stadt in den kommenden Jahren wieder voll handlungsfähig zu machen! **Die Stadt unterhält auch keine Pommeshütten oder Blumenläden, warum sollte sie mit viel Kostenaufwand, der nicht mehr zu leisten ist, eine eigene Druckerei oder Altenheime unterhalten?**

FDP-Ratsfraktion Mülheim an der Ruhr

Stellungnahme der Oberbürgermeisterin:

Dagmar Mühlenfeld Oberbürgermeisterin der Stadt Mülheim an der Ruhr

Sehr geehrte Herren und Damen,
liebe Mitbürger, liebe Mitbürgerinnen,

Sie sind aufgefordert, am 27. Februar 2005 in einem Bürgerentscheid darüber abzustimmen, wie die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge künftig organisiert werden dürfen. Im Kern geht es um die Frage, ob die Stadt in Bereichen wie zum Beispiel der Entsorgung, der Altenpflege oder der Unterhaltung von städtischen Gebäuden und Anlagen private Partner beteiligen darf oder nicht.

Die Befürworter des Bürgerentscheids behaupten, dass dadurch städtisches Eigentum und städtische Interessen privatisiert und damit „ausverkauft“ würden. Diese Behauptung ist falsch. Denn bisher hat es keine wirklichen Privatisierungen gegeben. Sie sind auch nicht in Planung.

Die Frage ist aber, ob wir bei öffentlichen Aufgaben generell auf privates Kapital und Wissen verzichten wollen. Ich bin strikt dagegen. Denn im konkreten Einzelfall kann die Einbeziehung von privaten Unternehmen der beste Weg sein, um die Daseinsvorsorge für Mülheims Bürger und Bürgerinnen bestmöglich zu gewährleisten. Und diesen Weg müssen wir uns offen halten. Ich will Ihnen dies an einem Beispiel deutlich machen.

Nicht erst seit der PISA-Studie über den weltweiten Vergleich von Bildungschancen für Schüler und Schülerinnen wissen wir alle, welche Bedeutung die Bildung für die Zukunft unserer Kinder und damit für die Zukunft unserer Gesellschaft hat.

In unserem Bildungssystem sind wir als Stadt verantwortlich für die Schulgebäude, für attraktive und gut ausgestattete Klassenzimmer und Kursräume, in denen es Spaß macht, zu lernen. Mit aller Kraft und allen Mitteln versuchen wir den gewaltigen Sanierungsbedarf in den Mülheimer Schulen Stück für Stück abzarbeiten. Leider können wir im städtischen Haushalt aber nie so viel Geld bereit stellen, wie eigentlich nötig wäre. Anderen Städten und Gemeinden geht es ähnlich. **Sie haben deshalb für die Sanierung der Schulen private Unternehmen mit deren Kapital und Wissen ins Boot geholt. Dadurch konnten die städtischen Gelder um bis zu 25 % wirksamer eingesetzt werden.** Sprich, mit den gleichen Mitteln können beispielsweise 50 anstatt 40 Schulen saniert werden. Im Sinne der Zukunft unserer Kinder muss uns diese Möglichkeit erhalten bleiben.

Liebe Mitbürger, liebe Mitbürgerinnen, dieses Beispiel soll Ihnen verdeutlichen, dass mit einem „Ja“ zum Bürgerentscheid Chancen für Mülheim verbaut werden.

Deshalb in Verantwortung für unsere Stadt: NEIN zum Bürgerentscheid!

Mülheim an der Ruhr, im Januar 2005

Ihre Dagmar Mühlenfeld
Oberbürgermeisterin